20. Wahlperiode

Ausschuss für Digitales

Änderungsantrag

der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/Die Grünen und FDP im Ausschuss für Digitales

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

– Drucksache 20/10031 –

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG sowie zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und zur Änderung weiterer Gesetze

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/10031 mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:
 - a) § 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Absatz 2 werden die Wörter „Absätze 5 und 6“ durch die Wörter „Absätze 5 bis 7“ ersetzt.
 - bb) Folgender Absatz 7 wird angefügt:

„(7) Das Angebot von digitalen Diensten kann durch Anordnungen zum Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte nach Artikel 9 der Verordnung (EU) 2022/2056 und zur Bereitstellung von Informationen nach Artikel 10 der Verordnung (EU) 2022/2065 eingeschränkt werden. Diese Anordnungen unterliegen nicht den Anforderungen der Absätze 5 und 6.“
 - b) § 7 wird wie folgt geändert:
 - aa) In der Überschrift werden die Wörter „bei Durchleitung von Informationen“ gestrichen.
 - bb) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz 1 vorangestellt:

„(1) Die Artikel 4 bis 8 der Verordnung (EU) 2022/2065 gelten für alle Diensteanbieter einschließlich der öffentlichen Stellen unabhängig davon, ob für die Nutzung ein Entgelt erhoben wird.“
 - cc) Die bisherigen Absätze 1 und 2 werden die Absätze 2 und 3.
 - dd) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) Die Absätze 2 und 3 sind auf Diensteanbieter auch dann anzuwenden, wenn der Dienst unentgeltlich oder durch eine öffentliche Stelle erbracht wird.“
 - c) § 8 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- aa) Nach dem Wort „unentgeltlich“ werden die Wörter „oder durch öffentliche Stellen“ eingefügt.
- bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Verpflichtungen zur Entfernung von Informationen oder zur Sperrung der Nutzung von Informationen nach den allgemeinen Gesetzen aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Anordnungen bleiben auch im Falle einer beschränkten Verantwortlichkeit des Diensteanbieters nach Artikel 4 bis 6 der Verordnung (EU) 2022/2065 und des § 7 unberührt.“
- d) § 12 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Maßnahmen“ die Wörter „sowie für konkrete Einzelmaßnahmen nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag“ eingefügt.
 - bb) Absatz 2 Satz 4 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. hinsichtlich der Leitung § 16 Absatz 1, 3 und 5 Satz 5 und 6 sowie Absatz 6.“
- e) Dem § 13 wird folgender Satz angefügt:

„Die Bundesregierung legt dem Bundestag jährlich, erstmals zum 30. Juni 2025, einen Bericht vor über die Art und Anzahl der dem Bundeskriminalamt nach dieser Vorschrift gemeldeten Straftaten.“
- f) In § 14 Absatz 3 werden nach dem Wort „Forschungsetat“ ein Komma und die Wörter „den die Koordinierungsstelle für digitale Dienste insbesondere für Kooperationen mit Forschungseinrichtungen verwenden kann“ eingefügt.
- g) § 16 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „nach Artikel 61 der Verordnung (EU) 2022/2065“ die Wörter „und übt das Stimmrecht aus“ eingefügt.
 - bb) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die Leiterin oder der Leiter der Koordinierungsstelle für digitale Dienste muss zur Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben und zur Ausübung ihrer oder seiner Befugnisse über die erforderliche Qualifikation, Erfahrung und Sachkunde insbesondere im Bereich der Geschäftsmodelle digitaler Dienste und Kenntnisse des Rechtsrahmens digitaler Dienste verfügen.“
 - cc) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und wie folgt geändert:
 - aaa) In Satz 1 wird das Wort „wird“ durch die Wörter „wird nach öffentlicher Ausschreibung“ ersetzt.
 - bbb) Satz 2 wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Bei der Ausübung seines Vorschlagsrechts handelt die Präsidentin oder der Präsident der Bundesnetzagentur unabhängig.“
 - ccc) In Satz 4 werden nach dem Wort „wahr“ ein Komma und die Wörter „sofern nicht durch die bisherige Leiterin oder den bisherigen Leiter der Koordinierungsstelle für digitale Dienste eine Stellvertretung der Leiterin oder des Leiters bestimmt wurde“ eingefügt.
 - dd) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Die Leiterin oder der Leiter der Koordinierungsstelle für digitale Dienste darf weder ein Unternehmen der Digitalwirtschaft innehaben noch leiten noch darf sie oder er Mitglied des

Vorstandes oder des Aufsichtsrates eines Unternehmens der Digitalwirtschaft sein noch darf sie oder er einer Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören.“

- h) Dem § 20 wird folgender Absatz 3 angefügt:
- „(3) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben als zentrale Beschwerdestelle richtet die Koordinierungsstelle für digitale Dienste ein Beschwerdemanagementsystem ein, das leicht zugänglich und benutzerfreundlich ist und die Einreichung hinreichend präziser und angemessen begründeter Beschwerden ermöglicht.“
- i) § 21 wird wie folgt geändert:
- aa) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aaa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Dienste“ die Wörter „und die weiteren zuständigen Behörden nach § 12 Absatz 2 und 3“ eingefügt.
- bbb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
- „2. der Koordinierungsstelle für digitale Dienste und den weiteren zuständigen Behörden nach § 12 Absatz 2 und 3 allgemeine Empfehlungen zur wirkungsvollen und einheitlichen Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065 vorzuschlagen und“
- ccc) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Dienste“ die Wörter „und die weiteren zuständigen Behörden nach § 12 Absatz 2 und 3“ eingefügt.
- bb) In Absatz 6 werden das Komma und die Wörter „die der Genehmigung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz im Benehmen mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr und der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf“ gestrichen.
- cc) In Absatz 10 Satz 2 wird das Wort „schriftlich“ gestrichen.
- dd) Dem Absatz 11 wird folgender Satz angefügt:
- „Die schriftlichen Dokumente des Beirats wie Berichte, Empfehlungen, Gutachten und Positionspapiere sind entsprechend den Vorgaben für die Koordinierungsstelle für digitale Dienste nach § 17 Absatz 3 frei zugänglich auf der Internetseite der Koordinierungsstelle für digitale Dienste zu veröffentlichen, soweit Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von betroffenen Unternehmen gewahrt werden und die Dokumente keine vertraulichen Informationen oder Informationen aus laufenden Verfahren betreffen.“
- ee) In Absatz 13 werden nach dem Wort „Dienste“ die Wörter „und den anderen zuständigen Behörden nach § 12 Absatz 2 und 3“ eingefügt.
- ff) Es wird folgender Absatz 14 angefügt:
- „(14) Die Koordinierungsstelle für digitale Dienste und die anderen zuständigen Behörden nach § 12 Absatz 2 Satz 1 und 3 informieren den Beirat auf Verlangen über den Tätigkeitsbericht nach § 17 hinaus über ihre Tätigkeiten. Dabei sind das Berufsgeheimnis nach Artikel 84 der Verordnung (EU) 2022/2065 sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren. Die Information erfolgt in der Regel in den Sitzungen des Beirats.“
- j) Dem § 25 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.“

- k) § 33 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Absatz 4 wird das Wort „beharrlich“ gestrichen.
 - bb) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „Artikel 10 Absatz 1“ die Wörter „oder Absatz 5 Satz 1“ gestrichen.
 - bbb) In Nummer 9 werden nach den Wörtern „Absatz 5“ ein Komma und die Wörter „auch in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 6 Satz 2,“ eingefügt."

2. Artikel 18 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1 wird durch die folgenden Nummern 1 bis 3 ersetzt:
 - , 1. § 2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3 wird das Wort „Telemediengesetzes“ durch das Wort „Digitale-Dienste-Gesetzes“ und nach der Angabe „27. September 2002“ das Komma durch das Wort „und“ ersetzt und werden die Wörter „und die §§ 2, 3, 3b und 3e des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes“ gestrichen.
 - b) In Nummer 4 wird das Wort „Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes“ durch das Wort „Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes“ ersetzt.
 - 2. In § 2c Satz 1 wird die Angabe „§§ 1 bis § 2b“ durch die Angabe „§§ 1 bis 2b“ ersetzt.
 - 3. In § 12a Satz 1 werden die Wörter „§ 2 Absatz 2 Satz 1 Nummer 11“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 2 Nummer 13 und 14“ ersetzt.
- b) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 4.
- c) Folgende Nummer 5 wird angefügt:
 - ,5. § 13a wird wie folgt gefasst:

„§ 13a

Auskunftsanspruch sonstiger Betroffener

Wer von einem anderen Unterlassung der Lieferung unbestellter Sachen, der Erbringung unbestellter sonstiger Leistungen, der Zusendung oder der sonstigen Übermittlung unverlangter Werbung verlangen kann, hat den Anspruch gemäß § 13 mit der Maßgabe, dass an die Stelle eines Anspruchs nach den §§ 1 bis 2b sein Anspruch aus Unterlassung nach den allgemeinen Vorschriften tritt.“ ‘

Begründung

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Wird einem Anbieter digitaler Dienste die Entfernung eines bestimmten Inhalts nach Artikel 9 des DSA aus einem anderen Mitgliedstaat als seinem Herkunftsland angeordnet, schränkt diese sein Angebot von digitalen Diensten grundsätzlich ein. Erwägungsgrund 38 des DSA stellt jedoch klar, dass grenzüberschreitende Anordnungen zum Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte nach Artikel 9 des DSA und zur Bereitstellung von Informationen nach Artikel 10 des DSA grundsätzlich nicht die Freiheit der Anbieter beschränken, ihre Dienste grenzüberschreitend zu erbringen, da sie sich nur auf bestimmte Inhalte bzw. Informationen beziehen. Die Vorschriften des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31/EG gelten daher nicht für solche behördlichen und gerichtlichen Anordnungen. § 3 setzt unter anderem die Vorgaben des Artikels 3 der Richtlinie 2000/31 EG in deutsches Recht um und schafft somit grundsätzliche Vorgaben, unter welchen Voraussetzungen im nationalen Recht Einschränkungen des Angebots von digitalen Diensten zulässig sind. Die in Erwägungsgrund 38 des DSA beschriebene Ausnahme für Anordnungen nach Artikel 9 und 10 des DSA soll dementsprechend klarstellend in die nationale Umsetzungsnorm aufgenommen werden.

Zu Buchstabe b

Zu Buchstabe aa

Die beschränkte Verantwortlichkeit in § 7 wird über die „Reine Durchleitung“ nach Artikel 4 des DSA hinaus auf „Caching“ und Hosting nach den Artikeln 5 und 6 des DSA sowie auf Artikel 7 und 8 des DSA ausgeweitet. Daher ist der bisherige Zusatz in der Überschrift „bei Durchleitung von Informationen“ nicht mehr zutreffend.

Zu Buchstabe bb

Mit der Neufassung des Absatzes 1 soll im Einklang mit der Zielrichtung der bisherigen Regelung von § 1 Absatz 1 Satz 2 TMG sichergestellt werden, dass die Artikel 4 bis 8 des DSA auf alle Diensteanbieter Anwendung finden, einschließlich der öffentlichen Stellen unabhängig davon, ob für die Nutzung ein Entgelt erhoben wird. Damit soll gewährleistet werden, dass – wie nach bisheriger Rechtslage – insbesondere Universitätsnetze sowie gemeinnützige DNS-Resolver von den Regelungen der Artikel 4 bis 8 des DSA profitieren. Damit wird zugleich der Eindruck vermieden, der Gesetzgeber habe eine Veränderung der bisherigen Rechtslage beabsichtigt und eine Privilegierung unentgeltlicher Providerleistungen nur noch im Falle der WLAN-Bereitstellung vorgesehen.

Zu Buchstabe cc

Bei Buchstabe cc handelt sich um eine Änderung der Nummerierung durch die Neufassung des Absatzes 1.

Zu Buchstabe dd

Mit der Neufassung des Absatzes 4 soll klargestellt werden, dass die Absätze 2 und 3 auch für unentgeltliche WLAN- und LAN-Anbieter und öffentliche Stellen gelten.

Zu Buchstabe c

Zu Buchstabe aa

Mit der Änderung von Absatz 4 soll sichergestellt werden, dass die Absätze 1 bis 3 auch für öffentliche Stellen gelten.

Zu Buchstabe bb

Die Einfügung übernimmt den Regelungstext des bisherigen § 7 Absatz 3 Satz 1 TMG und dient der Rechtssicherheit. Die Übernahme soll gewährleisten, dass sich an der bestehenden Rechtslage nichts ändert (vgl. Begründung zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Telemediengesetzes, BT-Drs. 18/12202, S. 11).

Zu Buchstabe d

Zu Buchstabe aa

Die Zuständigkeit für die Durchsetzung der Artikel 14 Absatz 3 und Artikel 28 Absatz 1 des DSA im Hinblick auf strukturelle Vorsorgemaßnahmen wird der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ) übertragen, soweit diese nicht Maßnahmen nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in der Fassung vom 14. Dezember 2021 betreffen und soweit diese nicht ausschließlich der Europäischen Kommission nach dem DSA zugewiesen sind.

Für Vorsorgemaßnahmen nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in der Fassung vom 14. Dezember 2021 sind die nach den medienrechtlichen Bestimmungen der Länder benannten Stellen zuständige Behörde für die Durchsetzung von Artikel 28 Absatz 1 des DSA.

Die Abgrenzung zwischen der Zuständigkeit der BzKJ für strukturellen Vorsorgemaßnahmen und der Zuständigkeit der von den Ländern benannten Stellen erfolgt auf Grundlage der mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes vorgenommenen Aufteilung zwischen Bundes- und Länderkompetenzen nach Artikel 72, 74 Absatz 1 Nummer 1, 7 und 11 Grundgesetz. Damit wird der Abgrenzungsmaßstab fortgeführt, der auch heute schon Grundlage für die Aufgabentrennung zwischen BzKJ und den Landesmedienanstalten und Bundes- und Länderzuständigkeit ist.

Die Zuständigkeit für von Artikel 28 Absatz 1 des DSA erfasste konkrete Einzelmaßnahmen nach den Regelungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages verbleibt bei der nach den medienrechtlichen Bestimmungen der Länder benannten Stellen. Hiermit wird neben der klaren Kompetenzverteilung auch ein lückenloser und effektiver Schutz von Kindern und Jugendlichen auf den beiden Ebenen der Vorsorgemaßnahmen und der konkreten Einzelmaßnahmen gewährleistet. Zu den von Artikel 28 Absatz 1 des DSA erfassten Maßnahmen nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in der Fassung vom 14. Dezember 2021 gehören die auch in der jetzigen Form ausgeübte und dort ausgeführte Aufsicht über die Instrumente des technischen Jugendmedienschutzes zur Zugangsbeschränkung zu entwicklungsbeeinträchtigenden oder jugendgefährdenden Inhalten gemäß § 4 Absatz 2 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (Sicherstellung von geschlossenen Benutzergruppen in Telemedien), § 5 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 1 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (technische Mittel wie Jugendschutzprogramme) sowie § 5a Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, der Artikel 28b der Richtlinie 2010/13/EU umsetzt (Überprüfung spezieller Pflichten zur Altersverifikation und Parental Control bei Video-Sharing-Plattformen).

Bezüglich der strukturellen Vorsorgemaßnahmen, für die die BzKJ zuständig ist, handelt es sich um systemische, allgemeine Ansätze der Anbietervorsorge. Nicht abschließende Regelbeispiele sind in § 24a Absatz 2 JuSchG aufgezählt, die als Ausgestaltung der spezifischen Bedingungen für die Ausübung der Befugnisse nach Artikel 51 Absatz 6 Satz 1 des DSA dienen.

Bei strukturellen Vorsorgemaßnahmen handelt es sich um übergeordnete systemische Anforderung an die Angebotsausgestaltung, die bereits vor dem Auftreten konkreter Risiken ergriffen werden müssen. Durch eine strukturelle Maßnahme

wird nicht ein einzelner Inhalt, sondern die Ausgestaltung der Plattform adressiert. Einzelmaßnahmen bzw. Inhalteregulierung richten sich gegen unzulässige oder rechtswidrige konkrete Inhalte. Der einzelne Inhalt wird überprüft, ob er unzulässig oder rechtswidrig ist und ob gegen den Inhalt durch eine verwaltungsrechtliche Maßnahme vorgegangen werden muss.

Die Zusammenarbeit der BzKJ und der zentralen Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz wird nach § 24b Absatz 2 und 4 JuSchG weiterhin gewährleistet.

Zu Buchstabe bb

Um die Unabhängigkeit der nach § 12 Absatz 2 Satz 3 in der BzKJ einzurichtenden Stelle zur Durchsetzung von Kinderrechten in digitalen Diensten zu gewährleisten, wird der Verweis auf die Vorschriften für die Koordinierungsstelle für digitale Dienste erweitert.

Zu Buchstabe e

Artikel 18 des DSA verpflichtet die Anbieter von Hostingdiensten beim Verdacht, dass eine Straftat, die eine Gefahr für das Leben oder die Sicherheit einer Person oder von Personen darstellt, begangen wurde, begangen wird oder begangen werden könnte, zur Mitteilung an die Strafverfolgungs- oder Justizbehörden des betreffenden Mitgliedstaats. Dabei ist zu beachten, dass weder Artikel 18 des DSA noch § 13 eine Rechtsgrundlage für die Erstellung von Profilen von Nutzern für eine mögliche Feststellung von Straftaten durch Anbieter von Hostingdiensten bilden. Nach § 13 nimmt das Bundeskriminalamt diese Meldungen entgegen. Artikel 18 des DSA ist sehr vage gefasst und sollte bei nächster Gelegenheit auf EU-Ebene präziser ausgestaltet werden. Bisher grenzt lediglich der Erwägungsgrund 56 den Kreis der erfassten Straftaten auf europäischer Ebene ein und verweist dazu beispielhaft und nicht abschließend auf unionsrechtliche Richtlinien. Die von diesen Richtlinien umfassten Straftaten sind vor allem solche im Zusammenhang mit Menschenhandel, im Zusammenhang mit Terrorismus wie etwa Aufstachelung zum Terrorismus sowie im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie. Damit für dieses Anliegen eine geeignete Datenbasis zur Verfügung steht, hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag jährlich Bericht zu erstatten über die bis dahin beim Bundeskriminalamt eingegangenen Meldungen. Dieser Bericht muss sich jeweils sowohl zur Zahl der gemeldeten Straftaten als auch zur Einordnung der Meldungen unter die deutschen Straftatbestände äußern. Es wird in Anlehnung an die in Erwägungsgrund 56 des DSA erwähnten Straftaten davon ausgegangen, dass sich die Meldungen insbesondere auf ausgewählte Straftatbestände aus dem dreizehnten (Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung), sechzehnten (Straftaten gegen das Leben), siebzehnten (Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit) und achtzehnten (Straftaten gegen die persönliche Freiheit) Abschnitt des Strafgesetzbuchs beschränken.

Das Bundeskriminalamt handelt im Rahmen des § 13 ausschließlich als Zentralstelle gemäß § 2 BKAG und mit dem Ziel der Ermöglichung der Strafverfolgung bzw. der Gefahrenabwehr durch die zuständigen Ermittlungs- und Justizbehörden der Länder. Die Wahrnehmung seiner Zentralstellenaufgabe umfasst die Entgegennahme von Meldungen und die Prüfung auf strafrechtliche Relevanz nach Artikel 18 des DSA, sowie die Feststellung der örtlichen Zuständigkeit und die Weiterleitung an die zuständige Behörde der Länder. Diese Funktion der Zentralstelle nach § 13 stellt in erster Linie einen Service für die Hostingdiensteanbieter dar und soll sicherstellen, dass diese die Meldungen insbesondere auch dann vornehmen, wenn die Ermittlung einer örtlichen Zuständigkeit aufwändig wäre. Bei der Datenerhebung und -verarbeitung als Zentralstelle hat das Bundeskriminalamt insbesondere die Vorschriften in Abschnitt 2 des Bundeskriminalamtgesetzes (BKAG) zu beachten. Von hervorgehobener Bedeutung im Rahmen des § 13 ist

insofern die Bestandsdatenauskunft nach § 10 BKAG, die der Ermittlung der zuständigen Ermittlungsbehörde dient. Im Übrigen sind die Befugnisse des Bundeskriminalamts im Rahmen der Zentralstellentätigkeit eingeschränkt. Weitergehende Befugnisse nach der StPO oder dem BKAG (Abschnitt 5) sind nicht möglich. Bei der Übermittlung der Daten an andere Ermittlungs- und Justizbehörden hat das Bundeskriminalamt insbesondere § 25 BKAG zu beachten. Die Speicherdauer von Daten ist einzelfallbezogen. In der Regel gelten dafür nach § 77 Absatz 1 und 2 BKAG Aussonderungsprüffristen, die einen Zeitraum vorgeben, nach dessen Ablauf die erneute Prüfung der Erforderlichkeit der Speicherung geprüft wird. In erster Linie sind Daten zu löschen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, z.B. wenn die Speicherung zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Verarbeitet das Bundeskriminalamt zur Erfüllung von Zentralstellenaufgaben nach § 13 Daten, so sind personenbezogene Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Vorgaben lediglich so lange vorzuhalten, wie sie erforderlich sind. Stellt sich im Rahmen der Erstprüfung beim Bundeskriminalamt heraus, dass der vom Hostingdiensteanbieter angenommene Verdacht sich nicht bestätigt hat bzw. keine Straftat vorliegt oder keine Gefahr gegeben ist, löscht das Bundeskriminalamt die Meldung bzw. die übermittelten Daten nach den datenschutzrechtlichen Vorgaben. Erhält die speichernde Dienststelle einen Hinweis darauf, dass die Speicherung nicht länger aktuell, korrekt oder zulässig ist, veranlasst sie selbst die entsprechenden Korrekturen bzw. die Löschung.

Neben den weiteren Berichten, die auf den Berichtspflichten des Gesetzes beruhen, hat die Bundesregierung ihrem ausführlichen Evaluationsbericht nach § 34 insbesondere auch diesen Bericht sowie die weiteren Berichte, zugrunde zu legen. Dazu gehören insbesondere auch Berichte und Empfehlungen des Beirats nach § 21 und die Tätigkeitsberichte der Koordinierungsstelle für digitale Dienste. Die Bundesregierung kann für die Evaluation insbesondere auch eine fachunabhängige wissenschaftliche Einrichtung beauftragen.

Zu Buchstabe f

Der Forschungsetat in § 14 Absatz 3 kann durch Kooperation mit Forschungseinrichtungen eine Hebelwirkung erfahren und dadurch die Forschungstätigkeit der Koordinierungsstelle für digitale Dienste stärken. Bei den Forschungseinrichtungen sollte es sich um solche nach Artikel 2 Nummer 1 der Richtlinie (EU) 2019/790 des europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG (ABl. L 130 vom 17.5.2019, S. 92) handeln.

Zu Buchstabe g

Zu Buchstabe aa

Die Einfügung dient der Klarstellung, dass die Koordinierungsstelle die alleinige Vertretung Deutschlands im Gremium übernimmt, um so eine starke und effiziente Aufsicht zu gewährleisten.

Zu Buchstabe bb

Der neue Absatz 4 stellt Anforderungen an die erforderliche Qualifikation, Erfahrung und Sachkunde der Leiterin oder des Leiters der Koordinierungsstelle im Bereich der Geschäftsmodelle digitaler Dienste. Die Leitung umfasst u. a. den Aufbau der Koordinierungsstelle für die Aufsichtsarbeit, die Führung eines interdisziplinär arbeitenden Teams, den Aufbau von datenwissenschaftlicher Expertise sowie den Austausch mit externen Fachleuten. Es muss eine grundlegende Expertise hinsichtlich des Rechtsrahmens für digitale Dienste vorhanden sein, um die Koordinierungsstelle als kompetente, eigenständige Aufsichtsstelle erfolgreich zu positionieren und zu leiten. Die Leitung der unabhängigen Koordinierungsstelle sollte dabei angemessen hoch bewertet werden, um der erheblichen nationalen

und europäischen Bedeutung des DSA und dessen Auswirkungen auf die digitale Wirtschaft sowie für Verbraucherinnen und Verbraucher gerecht zu werden.

Zu Buchstabe cc

Es handelt sich hierbei um eine Folgeänderung.

Zu Buchstabe aaa

Die Ergänzung soll das Ausschreibungserfordernis nach § 8 Bundesbeamtengesetz verdeutlichen und den öffentlichen Charakter der Ausschreibung festschreiben.

Zu Buchstabe bbb

Die Ergänzung stellt klar, dass die Präsidentin oder der Präsident der Bundesnetzagentur bei der Ausübung des Vorschlagsrechts ihrer- bzw. seinerseits selbst unabhängig agiert.

Zu Buchstabe ccc

Die anfängliche geschäftsführende Wahrnehmung der Aufgaben durch den Präsidenten ist notwendig, damit die Koordinierungsstelle für digitale Dienste schnell handlungsfähig ist. Ab der ersten benannten Leitung der Koordinierungsstelle für digitale Dienste sind die Prozesse, einschließlich Stellvertretung, etabliert. Daher soll die Anpassung sicherstellen, dass in einer Interimsphase die Vertretung der Koordinierungsstelle durch die Stellvertretung übernommen wird und damit unabhängig vom Präsidium der Bundesnetzagentur erfolgt.

Zu Buchstabe dd

Absatz 6 soll für die Leiterin oder den Leiter der Koordinierungsstelle für digitale Dienste über die beamtenrechtlichen Regelungen hinaus eine zu große Wirtschaftsnähe für den regulierten Bereich sowie eine Nähe zur Politik ausschließen und damit die Weisungsunabhängigkeit der Koordinierungsstelle für digitale Dienste untermauern.

Zu Buchstabe h

Der neue Absatz 3 soll gewährleisten, dass die von der Koordinierungsstelle für digitale Dienste errichteten Beschwerdemanagementsysteme gängige Kriterien für ein modernes Beschwerdeportal erfüllen. Ein einfaches und intuitives Design mit klaren Fragen und übersichtlicher Struktur, eine einfache und verständliche Sprache, regelmäßige Updates und Benachrichtigungen über den Fortschritt sowie eine transparente Darstellung der getroffenen Entscheidungen tragen dazu bei, Vertrauen und Akzeptanz zu stärken. Das Design des Beschwerdemanagementsystems soll alle Beschwerdeführer informiert in die Lage versetzen, eine präzise und begründete Beschwerde zu melden.

Zu Buchstabe i

Zu Buchstabe aa

Die Änderungen in § 21 Absatz 3 sollen gewährleisten, dass die Aufgaben des Beirats über die Koordinierungsstelle für digitale Dienste hinaus auch den anderen zuständigen Behörden zugutekommen. Hierfür ist es auch erforderlich, dass die Geschäftsstelle des Beirates ausreichend ausgestattet ist, insbesondere um auch inhaltliche Zuarbeiten zu ermöglichen.

Unabhängig von der Ausstattung der Geschäftsstelle haben die Ministerien bei der Festsetzung des angemessenen Sitzungsgeldes nach Absatz 9 zu berücksichtigen, dass Beiratsmitglieder die Beiratstätigkeit gegebenenfalls nicht im Rahmen eines bestehenden Beschäftigungsverhältnisses ausüben und somit für die Tätigkeit nicht bereits durch den Arbeitgeber entlohnt werden. Dies betrifft insbesondere vorbereitende Tätigkeiten für Beiratssitzungen sowie gegebenenfalls die erforderliche Einbindung wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Zu Buchstabe bb

Mit der Streichung des Genehmigungserfordernisses sollen nicht erforderliche bürokratische Voraussetzungen vermieden und die Eigenständigkeit des Beirats gestärkt werden.

Zu Buchstabe cc

Es soll keine unnötige Schriftform normiert werden. Ob und wenn ja welche Form ein Antrags nach § 21 Absatz 10 Satz 1 haben soll, kann der Beirat in seiner Geschäftsordnung nach § 21 Absatz 7 festlegen.

Zu Buchstabe dd

Da der Beirat die Koordinierungsstelle in grundsätzlichen Fragen berät, Empfehlungen ausspricht und wissenschaftliche Fragestellungen an die Koordinierungsstelle heranträgt (vergleiche § 21), sollen entsprechend der Transparenzvorgaben für die Koordinierungsstelle für digitale Dienste auch die schriftlichen Dokumente des Beirats entsprechend veröffentlicht werden. Ausgenommen hiervon sind jedoch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie vertrauliche Informationen und Informationen aus laufenden Verfahren.

Zu Buchstabe ee

Diese Änderung ist eine Folgeänderung zu den Anpassungen in § 21 Absatz 3.

Zu Buchstabe ff

Um seiner Tätigkeit wirksam nachgehen zu können, sollten dem Beirat Informationsansprüche gegenüber der Koordinierungsstelle und den anderen zuständigen Behörden zustehen, die über die Inhalte des Tätigkeitsberichtes nach § 17 hinausgehen. Um den Aufwand für die Koordinierungsstelle für digitale Dienste und die anderen zuständigen Behörden im Rahmen zu halten, sollten die Informationen in der Regel während der Sitzungen des Beirats erfolgen; sie sind also nicht zwingend schriftlich zu übermitteln. Der Beirat kann den Behörden insbesondere seine Fragen und Informationsbegehren zur Vorbereitung der nächsten Beiratssitzung zukommen lassen. Die Wahrnehmung der Informationsverpflichtung gegenüber dem Beirat hat dabei unter Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie des Berufsgeheimnisses nach Artikel 84 des DSA zu erfolgen. Die Beiratsmitglieder sind bei Bedarf zur Vertraulichkeit zu verpflichten. Dem Beirat steht es allerdings frei, besondere Fragestellungen schriftlich oder mündlich in nichtöffentlicher Sitzung an die Koordinierungsstelle für digitale Dienste und die anderen zuständigen Behörden zu richten und von ihnen zu erhalten.

Zu Buchstabe j

In den in § 25 Absatz 3 enthaltenen Ermächtigungen zur Durchsuchung von Büro- und Geschäftsräumen liegt eine Einschränkung des Artikels 13 des Grundgesetzes. Mit der Einfügung wird dem Zitiergebot aus Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes nachgekommen.

Zu Buchstabe k

Zu Buchstabe aa

Der Regierungsentwurf setzt voraus, dass Zuwiderhandlungen gegen die Pflicht nach Artikel 16 Absatz 6 Satz 1 des DSA, frei von Willkür und objektiv eine Entscheidung zu treffen, beharrlich wiederholt werden müssen.

Mit Streichung des Merkmals „beharrlich“ sollen die gesteigerten subjektiven Anforderungen an die Pflichtverletzung, die eine besondere Hartnäckigkeit und eine gesteigerte Gleichgültigkeit umfassen, abgeschwächt werden.

Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit sind dennoch nur wiederholte Zuwiderhandlungen, das heißt zeit- und sachnah wiederholt auftretende Verfehlungen, erfasst. Unabhängig hiervon haben die Diensteanbieter nach Artikel 16 Absatz 6 des DSA auch zeitnah und sorgfältig zu entscheiden.

Eine zeitnahe Entscheidung bedeutet, dass der Zeitraum der Bearbeitung und Entscheidung am konkret gemeldeten Inhalt bemessen werden muss. Hierbei müssen

die Art und Schwere der Rechtsverletzung sowie der erforderliche Prüfaufwand berücksichtigt werden. Der DSA geht davon aus, dass die organisatorische Ausgestaltung des Melde- und Abhilfeverfahrens zu einer unverzüglichen Entscheidung über entsprechende offensichtlich rechtswidrige Inhalte führen können muss. Entsprechend muss dem Anbieter bei rechtlich komplizierteren Fällen mehr Zeit eingeräumt werden.

Eine sorgfältige Prüfung bedeutet unter Anlehnung an Erwägungsgrund 26 des DSA ein im Einklang mit dem Ziel und den Anforderungen der Verordnung stehendes, objektives, nicht diskriminierendes und verhältnismäßiges Vorgehen unter gebührender Berücksichtigung der Rechte und berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie erforderliche Schutzmaßnahmen gegen die ungerechtfertigte Entfernung rechtmäßiger Inhalte. Das Merkmal stellt damit Anforderung an die inhaltliche Qualität der Bearbeitung und Entscheidungsfindung.

Nicht erfasst ist das konkrete Ergebnis der Entscheidung im Einzelfall. Auch eine sorgfältige Bearbeitung kann zu einer Entscheidung führen, die sich im Nachhinein als unzutreffend herausstellt. Bleibt die rechtliche Bewertung bezüglich eines bestimmten Inhalts im Einzelfall zweifelhaft, kann dem Anbieter wegen der fehlerhaften Behandlung entsprechender Inhalte daher auch nachträglich kein Schuldvorwurf gemacht werden. Hierzu gehören Fälle, in welchen sich widersprechende Entscheidungen von Instanzgerichten vorliegen und es an einer höchstrichterlichen Klärung fehlt, und Fälle, in welchen die Einschätzung der Rechtslage aus anderen Gründen rechtlich schwierig ist, etwa bei scharfen Äußerungen im politischen Meinungskampf oder satirischen Beiträgen, die sich auf der Grenze der Strafbarkeit bewegen.

Im Falle der Zuwiderhandlung kann die Koordinierungsstelle für digitale Dienste verwaltungsrechtliche Anordnungen nach § 27 treffen. Im Rahmen der Verwaltungsvollstreckung können gegen die Diensteanbieter auf diesem Wege insbesondere nach § 27 Absatz 4 auch Zwangsgelder in Höhe von 5 Prozent des durchschnittlichen weltweiten Tagesumsatzes oder der durchschnittlichen weltweiten Tageseinnahmen des Diensteanbieters im vorangegangenen Geschäftsjahr festgesetzt werden.

Zu Buchstabe bb

Zu Buchstabe aaa

Der Bußgeldtatbestand für eine Zuwiderhandlung gegen Artikel 10 Absatz 5 des DSA wird gestrichen. In Artikel 10 Absatz 5 des DSA werden die Anbieter von Vermittlungsdiensten zur Unterrichtung des Betroffenen über den Erhalt einer Auskunftsanordnung verpflichtet. Eine Zuwiderhandlung gegen diese Unterrichtungspflicht kann jedoch nicht mit einem Bußgeld belegt werden, weil Anbietern von davon betroffenen Vermittlungsdiensten nach den §§ 22 Absatz 5 Satz 3, 23 Absatz 3 Satz 3, 24 Absatz 4 Satz 3 TTDSG und § 174 Absatz 6 Satz 2 TKG solche Unterrichtungen gesetzlich untersagt sind.

Die Pflicht zur Verschwiegenheit über Bestandsdatenauskünfte gemäß dem TTDSG und dem TKG geht der Pflicht aus Artikel 10 Absatz 5 des DSA vor. Artikel 10 des DSA regelt Mindeststandards für Auskunftsanordnungen von nach nationalem Recht zuständigen Justiz- und Verwaltungsbehörden. Bei den genannten Vorschriften aus dem TKG und dem TTDSG handelt es sich um Vorschriften des Datenschutzrechts, die gemäß Artikel 2 Absatz 4 des DSA unberührt bleiben. Artikel 2 Absatz 4 des DSA sieht vor, dass der DSA Vorschriften anderer Rechtsakte der Union unberührt lässt, die andere Aspekte der Erbringung von Vermittlungsdiensten regeln oder den DSA präzisieren und ergänzen. Davon sind nach Buchstabe g auch die Unionsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten, insbesondere die Verordnung (EU) 2016/679 und die Richtlinie 2002/58/EG umfasst.

Zu Buchstabe bbb

Bei Artikel 16 Absatz 6 Satz 2 des DSA handelt es sich um eine ergänzende Bestimmung zu Artikel 16 Absatz 5, so dass die zugehörige Bewehrung in Absatz 5 Nummer 9 ergänzt wird.

Zu Nummer 2

Zu Buchstabe a:

Bei der Änderung des § 12a UKlaG handelt es sich um eine Anpassung im Hinblick auf Änderungen in § 2 Absatz 2 UKlaG.

Bei der Änderung in § 2c UKlaG handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine Änderung der Nummerierung der Änderungsbefehle zu Artikel 18 aufgrund der in Nummer 1 vorgesehenen Einfügungen.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung des § 13a UKlaG.